

Belarus braucht den Westen

AUSLAND Die Wiederwahl von Alexander Lukaschenko ist sowohl für Weißrussland wie für die Europäische Union das kleinere Übel.

Die Präsidentschaftswahlen in Belarus am kommenden Sonntag wird der – seit 1994 – autoritäre Präsident dieses Landes, Alexander Lukaschenko, im ersten Wahlgang gewinnen. Er selbst sprach von 70 bis 75 Prozent der Stimmen, die für ihn abgegeben sein werden. Und das offizielle Wahlergebnis bestimmt er. Nur ein von Moskau unterstützter Kandidat könnte ihn gegebenenfalls in den zweiten Wahlgang zwingen. Wer dieser Kandidat bei dieser Wahl ist, weiß jedoch niemand genau. Die zerstrittenen demokratischen Anwärter sind jedenfalls chancenlos, obwohl der Wahlkampf erstaunlich frei verlief.

Unter diesen Voraussetzungen wird der wiederholte „Sieg“ des amtierenden Präsidenten für sein Land und die EU das kleinste Übel sein. Denn er wird (höchstwahrscheinlich) um seiner eigenen Macht willen nicht zulassen, dass Belarus von der Außenwelt unbemerkt zum russischen Kondominium verkommt. Ob er es will oder nicht, wird er sodann auch die europäische Zukunft des Landes retten.

Spätestens seit 1996 wurde das Regime Lukaschenkos durch Russland mit wirtschaftlichen Subventionen

AUSSENANSICHT



PROF. DR. JERZY MACKÓW

Der Autor ist Lehrstuhlinhaber für Vergleichende Politikwissenschaft (Mittel- und Osteuropa) an der Universität Regensburg.

entscheidend gestützt, so dass sich der Autokrat um die politisch gefährliche Umstellung postsowjetischer Wirtschaftsstrukturen auf Marktwirtschaft drücken konnte.

Seit Mitte dieses Jahrzehnts fordert der Kreml allerdings energisch die Gegenleistung: Belarus soll entweder der Russländischen Föderation beitreten oder seine Schulden mit Filetstücken seiner Wirtschaft abbezahlen. Dem massiven Druck des ehemaligen Gönners ausgesetzt, wendet sich Lukaschenko widerwillig der bisher von ihm verpönten Europäischen Union zu. Die EU wiederum, die ihm 2008 einen großen Kredit beim IWF vermittelte, macht wirtschaftliche Reformen und Demokratisierung zur Voraussetzung der weiteren Hilfe. Mit seinem Griff nach Belarus hat der Kreml also Unabhängigkeit und – indirekt – Wirtschaftsreformen sowie Demokratie auf die belarussische politische Agenda gesetzt. Zwar gefällt sich mittler-

weile Lukaschenko selbst in der Rolle des antirussischen Kämpfers für die belarussische Souveränität, doch er weiß zugleich sehr wohl, dass die belarussische Demokratie ihm gefährlich werden könnte. Er setzt deshalb auf kontrollierte Wirtschaftsreformen, wozu er die Kooperation westlicher Wirtschaftsvertreter braucht. Wenn sie sich politisch artig benehmen, gibt er ihnen Anteile am belarussischen Markt. So sollte zweierlei gewährleistet werden: Ausschließlich die sich dem Regime anbietenden Auslandsunternehmen erzielen Gewinne und die Reformen erfassen ausschließlich die Wirtschaft. Im Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft scheint die Hoffnung groß, dass sich Lukaschenko für die deutschen Firmen entscheidet.

Die politisch-wirtschaftlichen Deals sind zwar gefährlich, aber sie bestimmen nicht immer das Schicksal der Generationen. Vielmehr ist es wichtig, dass es für Lukaschenko auch nach den Wahlen offenbar keinen Spielraum für das Zudrehen der Schraube geben wird. Die mentale und politische Fortbewegung seines Landes vom russischen Entwicklungspfad zurück in die belarussische Kulturwelt, das heißt in Richtung Litauens, Polens, der Ukraine und der EU, ist nicht mehr aufzuhalten. Mit oder ohne deutsche Unternehmen.

→ Die Außenansicht gibt die subjektive Meinung des Autors wieder und nicht unbedingt die der Redaktion.